

Gefährdung des [Mineralwassergewinnungs-Schutzgebietes](#) durch Intensivlandwirtschaft ... mehr ...

[Mail vom 07.10.2015](#) an die selben Adressaten
als Nachtrag zu unten stehendem Offenen Brief

Offener Brief/PresseInfo: Gerolstein, der 02.09.2015

•Veröffentlicht per Mail an

Matthias Pauly, Klaus Jansen, Klaus Schildgen, Georg Linnerth

•Unter Cc :

Ross Lars.
(l.ross@volksfreund.de);
Redaktion Eifelzeitung;
Alfred Cornesse; Dieter
Peters; G. Möller;
Norbert Worm; Steen.
(Tim.Steen@t-
online.de); Bernd May;
Lodde Horst (lodde@t-
online.de); Weber Heinz;
Müller Albert



(albert_mueller@gmx.de); Winter Magdalena; Bongartz Friedhelm (stadtbuergemeister@gerolstein.de); Monika Neumann ; Uwe Schneider; Sabine Martinetz (glaskunst-martinetz@t-online.de); Eltze Hendrik (planquadrat@eltze.eu); G. Möller; Lames Herbert; G. Schartz; Günther Schartz; Horst Werner; Patrick Schnieder; Axel Dahm (Gerolsteiner); Josef Bach (josef.bach@hotmail.de); Gerolsteiner Brunnen (joachim.schwarz@gerolsteiner.com); A. Müller Wasserwirtschaft rlp; Alfred Lorenz; DLR Bitburg; DLR Dr.Priesmann; Friedhelm Fritsch; info@gordon-schnieder.de; Uli Diederichs (Uli.Diederichs@vulkaneifel.de); Mario Hübner (m.huebner@volksfreund.de); Ulrike Höfken; Bohn Heike; Landrat HP Thiel; (ortsbuergemeister@hohenfels-essingen.de); ortsbuergemeister@rockeskyll.de; Kommunalaufsicht (guenter.willems@vulkaneifel.de); Johnen Dietmar (mail@dietmarjohnen.de); Peter Reinhart; Hering Hendrik (wahlkreis@hendrik-hering.de)

•Unter Bcc :

informierte/interessierte BürgerInnen Gerolsteins

Publiziert:

www.hjst.net (Dort ist der Brief auch mit den entsprechenden Links versehen.)

Betr.:

Gefahrenpotential durch [Intensivlandwirtschaft](#);

Extreme Gefährdung der Existenzgrundlagen Gerolsteins u. des Gerolsteiner Landes

- durch jahrzehntelanges, grob fahrlässiges Verweigern aller zwingend gebotenen Schutzmaßnahmen für Boden und Grundwasser durch die kommunalpolitisch verantwortlichen Verwaltungsbeamten und [Mandatsträger](#)
- durch **Desinformation und Täuschung der Öffentlichkeit** über das Gefahrenpotential und das eigene reale politische Handeln:
[Resolution des VG-Rates vom 03.12.2013](#) und die absolut **entgegengesetzte** [Stellungnahme des VG-Rates](#) zum Entwurf des Raumordnungsplanes (ROP) vom 15.05.2014

In seiner Dissertation ([Trier 1987, Geologie und Hydrogeologie der Gerolsteiner Mulde und ihrer Umgebung](#)) beschreibt Dr. Köppen u. A. eingehend das [Mineralwasserentstehungsgebiet](#) (nur ca. 12 km²) die [Grundwasserneubildung auf dieser Fläche](#) (nur ca. 12.% des jährlichen Niederschlages) und die daraus in relativ kurzem Zeitraum generierten Mineralwasser/Tiefenwasser:

“... Anthropogene Gefährdungen der Grundwasservorkommen im Bereich der Gerolsteiner Mulde und ihrer Umgebung ..) innerhalb dieses Mineralwasserentstehungsgebietes (**...“Um eine [Nitratanreicherung im Wasser auch in der Zukunft zu unterbinden, ist in den \[Wasserschutzgebieten der örtlichen Wasserversorgungsanlagen und im Nahbereich der \\[Mineralwasserbrunnen eine Überdüngung mit Industriedüngern und Gülle zu vermeiden.\\]\\(#\\)\]\(#\)](#)** ...“)

Im Zusammenhang mit der von VG und Stadt Gerolstein zu formulierenden Stellungnahme zur Neufassung des Raumordnungsplanes für die PLG Trier (Hier mit dem Bezug auf die Kategorie „Landwirtschaft“) konkretisierte Dr. Köppen nochmals die o. g. Aussagen:

“Aus Sicht des Grundwasserschutzes ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem ausgewiesenen Rohstoffvorkommen in der [Gerolsteiner Mulde um das \[sensibelste \\[Neubildungsgebiet für Grundwasser bzw. Mineralwasser vom Typus „Gerolsteiner“ handelt \\\(Kerngebiet\\\).\\]\\(#\\)\]\(#\)](#)

Dies ist in erster Linie auf das Auftreten sehr gut wasserdurchlässiger Schichten (Spaltenkarst im Dolomit, vulkanische Ablagerungen der Papenkaule, etc.) und tiefreichende tektonische Störungen als Aufstiegswege für Kohlensäure zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund ist aus fachlicher Sicht **keine Vereinbarkeit der konkurrierenden Nutzungen „Mineralwassergewinnung“ und „Rohstoffgewinnung“ erkennbar“. (Stadtrat vom 09.10.2014)**

“Innerhalb des Bereiches liegt eine neue Quelle des Gerolsteiner Brunnen. Nach Auffassung von Herrn Dr. Köppen, Gesellschaft für angewandte Geo- und Ingenieurwissenschaften „Wasser und Boden GmbH“ aus Boppard, ist dieses Gebiet, ebenso wie die unmittelbar angrenzenden Flächen, als Naturschutzgebiet auszuweisen, da ein großer Teil der Grundstücke **sehr intensiv landwirtschaftlich genutzt wird und durch die**

Düngung mit Gülle das Grundwasser gefährdet ist. Es handelt sich hier um die Kernzone des Mineralwasserschutzgebietes. (FoWeU vom 10.09.2014)

Synopse – Teil 1

Im Frühjahr 1992 informierte ein damals bei der Stadt beschäftigter Geologe über den nach seiner Meinung fahrlässigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Grundwasser und in der Folge auch die Tiefenwasser der Gerolsteiner Mulde seien gefährdet:

Ein Kollege, Dr. Köppen, habe im Rahmen seiner Dissertation Störungszonen (Verwerfungen, Spalten) im Bereich der Gerolsteiner Mulde nachgewiesen, was ein schnelleres Fließen des Grundwassers zu den Tiefenwässern bedeuten könne. Dadurch sei auch der Eintrag eventueller Gefahrenstoffe nicht auszuschließen.

Auf Antrag der damaligen FWG fand deshalb im Sommer 1992 eine Anhörung des Dr. Köppen im Bauausschuss des VG Rates statt.

Seit dieser Anhörung und der Vorlage der [Niederschrift am 03.11.1992](#) waren Verwaltung und Mandatsträger von Stadt und VG über den Vorgang der Mineralwasserneubildung und das Gefährdungspotential (s. oben) detailliert informiert.

Für die Verwaltung waren damals schon verantwortlich und maßgeblich beteiligt

- **Georg Linnerth** als Stadtbürgermeister (1989–2004, ab 2009 Fraktionssprecher der SPD im VG Rat und Mitglied der PLG Trier)
- **Klaus Jansen** als damaliger Bürovorsteher (später Fachbereichsleiter Fachbereich II für Bauen/Umwelt bis 2014 und aktuell 1. Beigeordneter der Stadt Gerolstein).
- **Klaus Schildgen** stand schon der CDU-Fraktion vor, deren Mitglied damals auch der heutige Bundestagsabgeordnete Patrik Schnieder war.

2001 stand die Neuwahl des Verbandsbürgermeisters an. Im Wahlkampf engagierte ich mich für den von der CDU (Schildgen) empfohlenen externen Bewerber **Matthias Pauly**, weil dieser im Vorfeld der Wahl seinen Unterstützern zugesagt hatte, sich u. A. vehement für den Schutz unserer natürlichen Ressourcen einzusetzen.

Nach seinem Amtsantritt 2002 wurde **BM Pauly** mehrfach von mir und Herrn Klaus Lehnen (gest.) ohne jeden Erfolg auf sein Wahlversprechen angesprochen.

Pauly verweigerte jede Initiative z. B. mit Argumenten der Qualität wie „*Ich muss gegenüber dem Gerolsteiner Brunnen noch zuerst eine adäquate Gesprächsebene finden*“. „*Ich schlage die Bildung eines Arbeitskreises vor ...*“

Wegen Pauly's Verweigerung forderte ich ihn im Februar und im Mai 2004 (2003 musste der Birresborner Sprudel wegen Verunreinigung geschlossen werden) in [zwei Schreiben](#) eindringlich dazu auf, dieses für Gerolstein existenzielle Problem endlich anzugehen:

„...Vor diesem Hintergrund und in Anerkennung der Tatsache, dass nicht nur fast 1000 Beschäftigte des Gerolsteiner Brunnens sondern die Bevölkerung des ganzen Gerolsteiner Landes existenziell von sauberem Trink- und Mineralwasser abhängig sind, ist Handeln zwingend geboten.

Dabei kann es nicht nur darum gehen, die einschlägigen Gesetze zu beachten und die Gefahren zu minimieren. Ökologisches und ökonomisches Ziel muss sein, das Gefahrenpotential gänzlich abzubauen.

Natürlich setzt das die Kooperation zwischen Verbandsgemeinde, Gerolsteiner Brunnen und den Landwirten voraus. In anderen Bundesländern (z.B. Bayern) sind solche Kooperationen schon längst Realität.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bitte ergreifen Sie die Initiative.“

Nachdem im erste Schreiben auf [nicht gestellte Fragestellungen](#) eingegangen worden war, wurde das zweite Schreiben nicht einmal mehr beantwortet.



In den Folgejahren wurden vor allem in der Stadt zu vielen Projekten und Problemfeldern zusätzliche Informationen erstellt, Anträge formuliert und Beschlüsse gefasst mit der Zielsetzung, das o. g. Gefahrenpotential abzubauen oder wenigstens zu minimieren:

- 2001/2002 - Geo-Park Gerolstein im „UNESCO [Global Geopark Netzwerk](#)“
- 2002 – Schutz der Mineralquellen: [Hendrik Hering](#) (damals Staatssekretär)
- 2003 - Schließung des [Birresborner Brunnen](#) wegen anthropogener Verunreinigung
- 2003 – Groseck (Gerolsteiner) über [Ressourcenschutz](#)
- 2006/2008 [Naturpark Vulkaneifel](#) (neue Kernzonen)
- 2005 - Verbot von Tiefenbohrungen für Wärmesonden (Kartierung des [Mineralwasserneubildungsgebietes](#); [Dissertation Frau Engelhaupt](#))
- 2007 - Gespräche der WG Möller mit Leitung der Werke und des Brunnenbetriebes
- 2007/2008 Festsetzung der [Trassenführung B410](#)
- 2002 – 2010 Exploration und Erschließung des [Geeser Maares](#) (Unterschutzstellung)
- 2010 - [Vergleichsvereinbarung Wöllersberg](#) ([Resolution des Stadtrates](#))
- 2008 - Aktion Blau (Kyll; [Drahtfabrik mit Pechenbach](#))
- 2009/2010 Verkauf des Reginenhofes ([Link 1](#), [Link 2](#))
- 2011/2012 – Verfahren [Baugenehmigung](#) Reginenhof

- 2013 - [Kauf des Wiesenhofes](#) durch die Werke (VG)
- 2012 – 2014 [Eierfabrik](#) (330.000 Legehennen zwischen Birresborn und Gerolstein)

Bei diesen Projekten war immer auch der Schutz unserer natürlichen Ressourcen tangiert und wurde auch angesprochen.

Durch die Verwaltung wurde aber [nicht informiert](#), es wurden z. T. miserable Vorlagen erstellt, [Anträge wurden verhindert](#), [Beschlüsse wurden nicht umgesetzt](#) bzw. durch andere Gremien wieder aufgehoben. (Eine Dokumentation dazu wird von mir zeitnah erstellt.)
(Dieser offene Brief ist auf der Website www.hjst.net publiziert und viele der o. g. Stichwörter sind mit entsprechenden Unterlagen verlinkt.)

Synopse- Teil 2

Auf der Sitzung des VG-Rates Gerolstein vom **03.12.2013** beschloss auf Initiative des Fraktionssprechers der CDU (Klaus Schildgen) der Rat die [„Gemeinsame Resolution des Verbandsgemeinderats der Verbandsgemeinde Gerolstein gegen die Planung und Genehmigung von agrarindustrieller Landwirtschaft im Gerolsteiner Land“](#)
„... Massentierhaltungen in agrarindustriellen Größenordnungen, teilweise sogar abgekoppelt von entsprechend verfügbaren Betriebsflächen, können und wollen wir in unserer sensiblen Kultur- und Naturlandschaft nicht hinnehmen. Insbesondere der Fremdenverkehr ist auf eine intakte Umwelt angewiesen.“

Wir sehen es als unsere generationenübergreifende Verpflichtung an, den nachhaltigen Schutz des Grundwassers, der Luft und der Gesundheit der Bevölkerung hierdurch nicht aufs Spiel zu setzen.

Hierzu zählt in besonderem Maße auch der für das Gerolsteiner Land geltende Mineralwasserschutz. ... „

In einer [Presse-Info vom 07.02.2014](#) ----- ([plus Nachtrag](#)) habe ich auf die nach meiner Überzeugung nachweislich vorhandene **Phrasendrescherei und Substanzlosigkeit** dieser **VG-Resolution** hingewiesen:

„... Vor diesem Hintergrund fehlt mir jedes Verständnis für die in der Resolution teils irreführenden, teils falschen Aussagen. Es kann dafür nach meiner Überzeugung nur zwei Erklärungen geben:

- Die Autoren der Resolution und/oder die Unterzeichner haben mit hochtrabenden Worten beeindruckend formuliert, wenig informiert und viel vernebelt. Die wohlfeile Aktion diene offensichtlich nur als unverbindliche PR-Aktion im Vorfeld der Kommunalwahl und als Ablenkung von der eigenen Verantwortlichkeit.*
- Die Autoren der Resolution haben sich durch die in die Zukunft gerichtete Resolution selbst einen „Persilschein“ ausgestellt, der sie nach der nur durch die Bürger verhinderten „Eierfabrik“ in Birresborn und der nicht verhinderten „Milchfabrik“ in Gerolstein aus ihrer Verantwortung und Haftung freistellen soll. Einer Verantwortung, die zu konstruktiv und zielführenden Antragstellungen hätte führen müssen und zur kritischen Kontrolle der Verwaltung.*

Gerade dieses Fehlen einer kritischen Kontrolle des Bürgermeisters und seiner Verwaltung dürfte durch die beiden Leserbriefbeiträge „Bürgerfragen/BMAntworten“ zum Thema „Reginhof“ in der Eifelzeitung deutlich geworden sein.

Die Bürgermeister und die Unterzeichner der Resolution werden sich vor der Kommunalwahl den Fragen der BürgerInnen stellen müssen, wenn die schon heute absehbaren Folgen dieser nicht vertretbaren Entwicklung zur „agrarindustriellen Landwirtschaft“ deutlich werden.“

Diese Befürchtungen meinerseits wurden von dem [SPD-Fraktionssprecher Linnerth](#) und dem [1. Beigeordneten Bach](#) entrüstet und vehement zurückgewiesen.

Wie sich nur 3 Monate später zeigte, waren **meine Aussagen in allen Punkten zwar zutreffend, aber noch viel zu naiv und brav:**

In der Stellungnahme des Verbandsgemeinderates 15.05.2014 zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplanes beschloss der VG-Rat das genaue Gegenteil der in seiner eigenen Resolution beschlossenen Grundsätze.

„An diese Raumordnungspläne wiederum sind die kommunalen Planungsträger gebunden, und die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 Baugesetzbuch [BauGB]; §§ 3 und 4 ROG).“

Synopse- Teil 3

„Die Regionalvertretung (Mitglied. Georg Linnerth) der Planungsgemeinschaft Region Trier hat am [10. Dezember 2013 den Entwurf des regionalen Raumordnungsplanes](#) für das [Anhörungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit](#) beschlossen. Gemäß § 6 Abs. 4 des Landesplanungsgesetzes (LPIG) wird der Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht vom **10. März bis einschließlich 9. Juni 2014 öffentlich ausgelegt**“

Laut Niederschrift

„kündigte Herr Pauly (als Mitglied des Vorstandes der Regionalvertretung) für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag an. Der Planentwurf habe die notwendige Reife erreicht...“

Diese Aussage des BM Pauly ist aus zwei Gründen bemerkenswert:

- BM Pauly ist **Mitglied des Vorstandes der Regionalvertretung der PLG Trier als Vertreter der VG (Gebietskörperschaft).** Er hat deshalb die Interessen des Gerolsteiner Landes zu vertreten und nicht die Position der CDU-Fraktion.
- Die positive Bewertung des [Beschlussvorschlages der Regionalvertretung](#) zur Kategorie Landwirtschaft durch BM Pauly wird offensichtlich von **seiner Verwaltung und vom VG-Rat 1 zu 1 übernommen:**

Weder in der nachgefragten Stellungnahme des VG-Rates vom 15.05.2014 noch im durch den Rat übernommenen Beschluss des Bau-, Werk- und Umweltausschusses des Verbandsgemeinderates vom 08.04.2014 ist ein Wort oder auch nur der Ansatz einer Intention der Resolution vom 03.12.2013 wiederzufinden.

Der Rat beschloss in seiner Stellungnahme genau das Gegenteil:

[Stellungnahme/ Beschluss des VG-Rates vom 15.05.2014](#)

•In einer erneuten **Resolution**, diesmal zur Rohstoffsicherung, beschließt der VG-Rat **Statements zu insgesamt 12 Unterpunkten** (Kategorien):

„... Ergänzend zu den Ausführungen im Beschlussvorschlag zur

Rohstoffsicherungsplanung fordert der Verbandsgemeinderat im Einzelnen: ...“

Unter diesen 12 Punkten taucht der Begriff „Landwirtschaft“ noch **nicht** einmal auf.

Lediglich unter Punkt 7 wird eine windelweiche und inhaltslose Forderung gestellt:

„7. Dem besonderen **Schutz des Grundwassers und die überragende Bedeutung des Mineralwassers sind angemessen im ROP** zu berücksichtigen.“

•Auch in den unter dem Abschnitt „**Beschlüsse**“ aufgeführten 5 Unterpunkten spielt die „Landwirtschaft“ keine Rolle. Man ergeht sich in unverbindlichen Absichtserklärungen.

Ansonsten schließt sich der VG-Rat den Beschlussempfehlung des BWU an:

•„**Der Verbandsgemeinderat bestätigt ausdrücklich die Stellungnahme des Bau-, Werk- und Umweltausschusses vom 08.04.2014, TOP 5,**“

„Auf Antrag der im Verbandsgemeinderat Gerolstein vertretenen Fraktionen beschließt der Verbandsgemeinderat:

•**„Den vorliegenden Beschlussempfehlungen für die Verbandsgemeinderatssitzung mit der gesamten Stellungnahme zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplans und den ausführlichen Aussagen zur Rohstoffproblematik mit allen einzelnen Stellungnahmen wird ausdrücklich zugestimmt.“**

[Stellungnahme des Bau-, Werk- und Umweltausschusses vom 08.04.2014, TOP 5.](#)

Diese **nicht öffentliche Sitzung des BWU** fand unter dem Vorsitz des **BM Pauly** statt, die Vorlagen und Beschlussempfehlungen wurden **vom Leiter des Fachreich 2 (K. Jansen) erstellt.**

In dem von PLG Vorstandsmitglied Pauly als „**entscheidungsreifer Entwurf**“ gewürdigten Vorlage der PLG werden dezidierte Vorschläge zur Entwicklung der Landwirtschaft gemacht:

•II 2.4.3 Landwirtschaft (Z 42) → S. 31

„Diese besondere **Funktion L** wird **Gemeinden zugewiesen, in denen die Landbewirtschaftung in der Fläche (neben Agrarproduktion auf der Grundlage landwirtschaftlicher Betriebe im Voll-, Zu- und Nebenerwerb) insbesondere auch für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Siedlungsstruktur unverzichtbar ist.**

Wegen der hohen sozioökonomischen Bedeutung ist die örtliche Bauleitplanung so zu lenken, dass die Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet wird und ihre Entwicklungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Die besondere **Funktion L** ist im Bereich der VG Gerolstein zugewiesen u. A. den Gemeinden: Hohenfels-Essingen, und **Rockeskyll** “

•Gem. G 43 soll durch funktionsfähige landwirtschaftliche Betriebe in den dünn besiedelten ländlichen Räumen auch eine **Pflege der Kulturlandschaft** gesichert werden. Unter den Erläuterungen wird ausgeführt, dass eine an den

Prinzipien der guten fachlichen Praxis orientierte landwirtschaftliche Nutzung durch die Bereitstellung vielfältiger Lebensräume zum Aufbau eines regionalen Biotopverbundsystems und zur Erhaltung eines attraktiven Landschaftsbildes sowie zur Sicherung der Erholungsfunktion der Landschaft beitragen.

Diese vom **VG-Rat** akzeptierte Phrase entstammt den maßgeblich von der **Landwirtschaftskammer rlp** erstellten Leitlinien oder Absichtserklärungen ohne jede rechtliche Bindung:

„Die gute fachliche Praxis in Leitlinien festzuschreiben war das Anliegen einer Arbeitsgruppe der Landwirtschaftskammer Rheinland- Pfalz sowie der beiden Bauernverbände Rheinland-Nassau und Rheinland- Pfalz Süd. Die hier vorliegenden **Leitlinien zur guten fachlichen Praxis der pflanzlichen Produktion** wurden im Vorstand der Landwirtschaftskammer Rheinland- Pfalz am **3. April 2004** beschlossen und verabschiedet.“

Sie stellt auf die Bedürfnisse der konventionellen Landwirtschaft ab und ist so phrasenhaft und unverbindlich (s. 2.) gehalten, dass z. B. Kreisbauernverbandsvorsitzender und FDP Landtagskandidat Marco Weber als Herr von ca. **1750 Schweinen und der Landwirt des Reginenhofs mit bis zu 600 Stück GVE** (Großvieheinheiten) problemlos unter dem Dach dieser Leitlinien ihre Betriebe führen können, **inklusive der Gülle- und Glyphosatausbringung.**

Den Adressaten dieses offenen Briefes war dieser Sachverhalt klar sonst hätten sie nicht bei der Beschlussfassung ihrer Resolution den Antrag des FDP Vertreters **A. Cornesse** im VG Rat abgelehnt.

Sie wussten nämlich, dass es nach den „**Prinzipien der guten fachlichen Praxis**“ sowieso schon nur ein sehr eingeschränkter „**Flächenbezug**“ für die konventionelle Landwirtschaft besteht:

(In der konventionellen Landwirtschaft gilt ein Viehbesatz von 2,0 GV/ha LF als durchschnittlich. Das kann aber

„**nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis**“

je nach Betriebsstruktur bedeuten, dass der Viehbesatz auf der Anbaufläche für Futter auf 5 bis 10 GV/ha steigen kann (Reginenhof) Nach der jetzigen Gesetzes-/Verordnungsnorm ist nach Auslegung der Agrarlobby noch eine Flächenbindung gegeben, wenn nur mindestens 50% der Futtermittel selbst erzeugt werden. Bis zur Hälfte des Futters können dann zugekauft werden; aus Südamerika, aus Asien oder Afrika.

Der „nachhaltige bäuerliche“ Wirtschaftskreislauf könnte dann wie folgt aussehen: Bei möglichen **600 GV (Großvieheinheiten)** müsste der Reginenhof mindestens **300 ha zur Erzeugung von Futtermitteln bewirtschaften!**

Diese **600 GV** produzieren so aus **50% Eigenfutter 100 % (ca. 16.800.000 Liter) Gülle pro Jahr.**

Diese dürfen dann, wie mehrfach geschehen, mit **Sondergenehmigung des DLR z. B. sogar im Mineralwasserbildungsgebiet und FFH-Gebiet** auch in den **vegetationslosen Wintermonaten entsorgt werden.)**

Von einer „bäuerlichen, kleinteiligen Kreislaufwirtschaft“, wie sie laut Resolution vom VG-Rat im Interesse des Tourismus und des Wasserschutzes gefordert wird, kann so keine Rede mehr sein.

•II 3.2 Freiraumnutzung (S. 67 ff.)

3.2.1 Landwirtschaft und Weinbau

•In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft (Z 148) ist der **landwirtschaftlichen Produktion Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen** einzuräumen. Weitere Details in den G/Z 138 – 150.

•„ **Die besondere Funktion L (Landwirtschaft) haben u. A. die Gemeinden Hohenfels-Essingen, und Rockeskyll.**

Der BWU Ausschuss und in der Folge der VG-Rat stimmen also ausdrücklich dem PLG-Entwurf zu und weisen die Flächen von Rockeskyll und Hohenfels/Essingen der intensiven landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zu, obwohl diese Flächen eindeutig im Zentrum des Mineralwasserbildungsgebiets liegen.

Synopse- Teil 4

Gegenwart und /Ausblick unter der Maßgabe

„ unserer generationenübergreifenden Verpflichtung, den nachhaltigen Schutz des Grundwassers, der Luft und der Gesundheit der Bevölkerung hierdurch nicht aufs Spiel zu setzen.“

•In der Zeit von der Beschlussfassung der Resolution im Dezember 2013 ist auf dem Munterleyplateau bis zur Kasselburg als dem „**sensibelsten Neubildungsgebiet für Grundwasser bzw. Mineralwasser vom Typus „Gerolsteiner“ (Kerngebiet)**“ bis heute an mindestens sechs Terminen großflächig Gülle ausgebracht worden.

•Auf demselben Gebiet und im direkten Umfeld des Gerolsteiner Brunnen wurde mehrmals zumindest seit 2013 vor der Maisaussaat ausgiebig **Glyphosat als Breitbandherbizid** gespritzt.

•Neben den andauernden Geruchsemissionen vor allem zu Lasten der Bürger aus Gerolstein-Nord wurde der zur **Renaturierung (Aktion Blau) vorgesehene Peschenbach** stark mit Gülle/Silageabwässern belastet.

Von den diesbezüglichen **Ergebnissen der Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Trier und weiterer Analysen z. B. der Hedenquelle** erfährt die Öffentlichkeit nichts.

•Zu einem 2. Gesprächstermin mit der **BI-Gerolstein Nord** (Ich durfte die BI begleiten) hatte der Stadtvorstand (Bongartz, Jansen, Lames) zum 26.03.2015 in Sachen Reginenhof eingeladen, dazu offenbar zur Verstärkung Herrn Lorenz vom DLR Bitburg.

Ohne im Einzelnen den Gesprächsverlauf wiederzugeben, war das Ergebnis wie folgt:

•Lt. Herrn Lorenz verläuft von kleineren anstehenden Nachbesserungen abgesehen alles im gesetzlichen Rahmen und „**nach den Prinzipien der guten fachlichen**

Praxis“

- Die Stadtvertreter argumentierten nur sehr ausweichend, sahen sich keineswegs in irgendeiner Verantwortung und beriefen sich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, auf die sie keinen Einfluss hätten.

- Als ich des Öfteren auf die Verlaufsgeschichte (s. o.) Bezug nahm, wurde ich vom Stadtbürgermeister gemäßregelt. Für den Wiederholungsfall drohte er damit, mich **des Saales zu verweisen**.

Weil ich die weiteren Einlassungen von Bongartz und Jansen in der Sache als unerträglich empfand, verließ ich freiwillig den Raum.

Tage später berichteten mir mehrere BI-Teilnehmer übereinstimmend über den Fortgang des vorgenannten Gesprächs insbesondere über folgende Aussagen des **1. Beigeordneten K.**

Jansen: (sinngemäße Wiedergabe)

Wenn wir (die Stadt) zum fraglichen Zeitpunkt des Reginenhof-Verkaufs gewusst hätten, dass der Ankauf des Hofes so preiswert war und dass der Ausbau des Hofes so negative Folgen nach sich ziehen würde, hätten die VG/Werke/Stadt den Hof gekauft und auf den Gerolstein-Nord benachbarten Betriebsflächen einen Bebauungsplan ausgewiesen.

In gleichem Kontext:

[Trierischer Volksfreund vom 29.5.2015](#)

Gerolsteins Stadtbürgermeister Friedhelm Bongartz (CDU) sagt zu dem Problem: "Ich habe für die Anwohner großes Verständnis.

Wir haben nach gesetzlichen Möglichkeiten gesucht, dass die Geruchsbelästigung reduziert wird, aber keine gefunden.

Der Betrieb ist genehmigt."

Bongartz, der zum Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht im Amt war, sagt:

"Ich glaube, die Verantwortlichen haben damals das Ausmaß ihrer Entscheidung nicht erkannt. Nach heutiger Erkenntnis würde ein Betrieb in dieser Größenordnung an dieser Stelle wohl nicht mehr genehmigt werden."

Nach meiner Überzeugung sind die vier Adressaten dieser Mail als kommunalpolitisch tätige [Verwaltungsbeamte](#) und [Mandatsdräger](#) stellvertretend verantwortlich für das jahrzehntelange, ignorante und grob fahrlässige Verweigern aller zwingend gebotenen Schutzmaßnahmen für Boden, Grundwasser und Tiefenwässer.

In der Gegenüberstellung des Inhalts und der Intention der Resolution des VG-Rates vom 03.12.2013 und der inhaltlich absolut entgegengesetzten Stellungnahme des VG-Rates zum Entwurf des Raumordnungsplanes (ROP) vom 15.05.2014 sollte genügend deutlich geworden sein, dass

- die Adressaten dieser Mail und die Räte seit über 25 Jahren über das Gefahrenpotential Bescheid wussten (wissen mussten),**

- sie **zu keiner Zeit trotz vieler Gelegenheiten** etwas zur Gefahrenminimierung unternommen haben,
- sie durch die gegensätzliche Beschlussfassung in ihrer Resolution in Bezug zur Stellungnahme zum ROP (verheerend für die zukünftige Entwicklung) die BürgerInnen von Stadt und Gerolsteiner Land **belogen und damit betrogen** haben,
- sie wegen ihrer Inkompetenz und ihres Versagens die Haftung übernehmen müssen für die **grob fahrlässige Gefährdung der Existenzgrundlagen Gerolsteins und des Gerolsteiner Landes**,
- der 1. Beigeordnete der Stadt sich als **Hauptverantwortlicher auf erbärmliche und beschämende Art und Weise aus seiner Verantwortung stehlen will.**

Der bisher geschilderte Sachverhalt sollte m. E eigentlich dazu führen, dass zumindest die vier Adressaten dieser Mail von ihren Ämtern in den Räten und in der PLG umgehend zurücktreten.

BM Pauly sollte erklären, wie er unter diesen Umständen weiter Bürgermeister bleiben will und sogar noch das Amt in einer fusionierten VG zu übernehmen gewillt ist.

Weil diese fälligen Rücktritte nach aller gemachten Erfahrung nicht angeboten werden, bleibt die Forderung nach einer umgehenden Korrektur der zuletzt beschlossenen Stellungnahme:

In einer kurzfristig einzuberufenden Sondersitzung des Verbandsgemeinderates muss eine neue Stellungnahme zum ROP beschlossen werden, die sich auf Inhalte und Zielrichtung der Resolution vom 03.12.2013 bezieht.

Als Vorlage dazu können dienen:

Die Niederschrift des Ausschusses FoWeU der Stadt vom 23.04.2014

Dissertation (2006) Engelhaupt :

Ausweisung der Gerolsteiner Kalkmulde als Wasserschutzgebiet

Gerolstein, der 02.09.2015

Hans-Joachim Stief